

Datum: 18.10.2006

2006/246
öffentlich

Sitzungsvorlage

Beratungsfolge	Datum	TOP-Nr.
Rat der Stadt	02.11.2006	

Betreff

Antrag der Ratsfraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 17. Oktober 2006;
Resolution "Kein Verkauf der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG)"

Beschlussvorschlag

Siehe Antrag.

Kapteinat
Fraktionsvorsitzender

Wegner
Fraktionsvorsitzender

Sachverhalt



Ratsfraktionen Castrop-Rauxel



SPD-Ratsfraktion Castrop-Rauxel

Rathaus / Europaplatz 1
44575 Castrop-Rauxel

(02305 / 33013
; 02305 / 12692

Herrn Bürgermeister
Johannes Beisenherz
Europaplatz 1

44575 Castrop-Rauxel

Bündnis 90 / Die Grünen Grüne Ratsfraktion

Georg Wegner
Bahnhofstr. 27
44575 Castrop-Rauxel

(02305 / 12600
(0170 / 619 73 27
* georg.wegner@gmx.de

17.10.2006

Sitzung des Rates am 02.11.2006

Sehr geehrter Herr Beisenherz,

namens der Ratsfraktionen von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen bitten wir Sie, folgende Resolution in der o.g. Sitzung des Rates behandeln zu lassen:

Resolution:

Kein Verkauf der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG)

Der Rat der Stadt Castrop-Rauxel kritisiert scharf den geplanten Verkauf des landeseigenen Wohnungsunternehmens LEG NRW durch die Landesregierung. Durch einen Verkauf der LEG verlieren die Kommunen ihren Einfluss auf die Wohnungs- und Siedlungspolitik. Gerade in der gegenwärtigen Situation benötigen wir aber eine zuverlässige und planbare Städtebaupolitik und bezahlbare Mieten. Da die internationalen Finanzfonds nur ein Interesse an extrem hohen und kurzfristigen Gewinnen haben, ist nur ein öffentliches Unternehmen ein zuverlässiger Partner. Aus diesen Gründen ist der Verkauf der LEG ein Schlag gegen die soziale Wohnungspolitik. Der Rat der Stadt Castrop-Rauxel fordert für die Bürgerinnen und Bürger, dass die Landesregierung weder die Wohnungen der LEG noch die Landesbeteiligung an der LEG oder Beteiligungen der LEG an anderen Wohnungsgesellschaften verkauft.

Der Rat der Stadt fordert den Landtag und die Landesregierung auf, die Kündigungssperrfristverordnung vom 20.04.2004 nicht aufzuheben. Die jetzige Verordnung garantiert einen hohen Schutz der Mieterinnen und Mieter. Dieser muss weiterhin gewährleistet sein.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Burkhard Kapteinat
SPD Ratsfraktion

gez. Georg Wegner
Grüne Ratsfraktion